

Akademie der
Toblacher Gespräche

Accademia dei
Colloqui di Dobbiaco



Irmí Seidl

Arbeit und Einkommen in einer
Postwachstumsgesellschaft

Arbeit und Einkommen in einer Postwachstumsgesellschaft

Anmerkung: Wenn im Folgenden von Wachstum gesprochen wird, ist das Wirtschaftswachstum, gemessen mittels des Bruttoinlandsproduktes (BIP), gemeint. BIP steht für den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, die auf dem Markt gehandelt werden.

Ständiges und hohes Wirtschaftswachstum ist ein relativ junges Phänomen, das erst seit den 1950er Jahren zu beobachten ist. Nach anfänglich hohen Wachstumsraten, die sich in den 1950er Jahren in vielen westlichen Ländern durchaus um die 10 Prozent bewegten, sinken diese kontinuierlich und bewegen sich inzwischen zwischen 0 und max. 2 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass angesichts des hohen absoluten BIP die vergleichsweise niedrigen aktuellen Wachstumsraten weiterhin hohes absolutes Wachstum bedeuten. Die künftigen Wachstumsperspektiven sind nicht rosig: Die EU-Kommission (2010) ging 2010 von einem jährlichen Wachstum bis 2020 von 1.25% im Euro-Raum aus, in der EU von 1.5%.

Wachstum, Arbeit und Einkommen

Wirtschaftswachstum gilt gemeinhin als Garant für Arbeitsplätze, hohes Einkommen und Verbesserung der Einkommensgleichheit. Entsprechend wird es als Mittel gegen Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Einkommensungleichheit empfohlen und gefordert. Verknüpft mit diesen Effekten verspricht es auch höheren Konsum und damit Wohlstand, höhere Zahlungen zugunsten der sozialen Sicherungssysteme für Alter, Gesundheit und Erwerbslosigkeit sowie höhere Steuereinnahmen, mit denen u.a. Sozialtransfers oder Massnahmen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze finanziert werden können. Wachstum gilt also als ein Zaubermittel, das gesellschaftliche Einkommensungleichheiten verringern soll. Dabei kann die Verteilungsfrage umgangen werden, denn Bessergestellten muss nichts weggenommen werden.

Allerdings werden diese Hoffnungen auf Wachstum kaum (mehr) erfüllt. Trotz Wachstum steigt die Erwerbslosigkeit in allen hoch industrialisierten Ländern. Dies ist angesichts der sogen. Beschäftigungsschwelle und der niedrigen Wachstumsraten nicht überraschend. Die sog. Beschäftigungsschwelle besagt, dass die

Erwerbslosenquote erst bei einem bestimmten Wachstum sinkt, denn Wachstum setzt zunächst Arbeitskräfte frei - aufgrund von Effizienzmassnahmen, neuen Technologien etc. Die Beschäftigungsschwelle wird in Deutschland auf 1.2-2.4% geschätzt, in der Schweiz auf 1.8% (Schirwitz 2005, Credit Suisse 2009). So erklären die geringen Wachstumsraten der letzten Jahre das Ansteigen der Erwerbslosigkeit.

Ein Blick auf die Einkommensverteilung zeigt, dass diese in den letzten Jahren in weitgehend allen OECD-Ländern ungleicher geworden ist (OECD 2008). Ein Grund dafür ist, dass die Einkommen der wohlhabenden Haushalte stärker zugenommen haben als jene der Mittelschicht – v.a. dank Vermögenszuwächsen. Parallel hat die Einkommensarmut bei jungen Erwachsenen und Familien mit Kindern zugenommen, jene bei der älteren Generation abgenommen.

In der Bevölkerung wird die gestiegene Ungleichverteilung der Einkommen wahrgenommen. Gemäss einer Umfrage der BBC World Service Ende 2007/Anfang 2008 glauben zwei Drittel der Bevölkerung in 34 Ländern, dass die Gewinne und Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre innerhalb der jeweiligen Länder nicht gleich verteilt sind.

Übergang zur Postwachstumsgesellschaft unausweichlich

Wie oben dargestellt, bewegen sich die Ökonomien der hoch industrialisierten Länder in eine Postwachstumsgesellschaft – die Wachstumsraten sinken unaufhörlich. Diese Situation sahen z.B. Ludwig Erhard und John M. Keynes am fernen Horizont kommen und sie betonten, dass dann eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nötig werde. Doch in unseren Ländern verharren diese Politiken in den Mustern der letzten 60 Jahre. Es wird mit allen Mitteln weiteres Wachstum angestrebt: dazu werden Wachstumspakete geschnürt, Steuern gesenkt, Unternehmensförderpolitik betrieben, Infrastrukturinvestitionen angekurbelt, Banken gerettet, Geld in die Wirtschaft gepumpt etc. Entsprechend ist es in Fachkreisen unbestritten, dass die hohe aktuelle Staatsverschuldung eine wichtige Ursache der Wachstumspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte hat.

Insbesondere auch aus der Perspektive von Arbeit und Einkommen ist ein gestalteter Übergang zur Postwachstumsgesellschaft nötig. Denn die zu erwartenden geringen

Wachstumsraten werden die Erwerbslosigkeit erhöhen und damit zu weiterer Verteilungsungerechtigkeit führen. Hinzu kommt, dass die Politik der hohen Staatsverschuldung die sozialen Ungleichheiten zu verschärfen droht, weil Transfereinkommen unter Druck geraten und v.a. Kapitalanleger von den staatlichen Zinszahlungen profitieren werden. Darin birgt sich sozialer und politischer Sprengstoff sowie hohe ökonomische und gesellschaftliche Kosten, wie aus den Erkenntnissen von Wilkinson / Pickett (2009) zum Zusammenhang von Ungleichheit und sozialen Indikatoren gefolgert werden kann.

Das ökologische Argument kommt hinzu: Bislang gelang es nicht, Wirtschaftswachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und weil Rebound-Effekte Effizienzgewinne zunichte machen dürfte diese Entkopplung nicht in grösserem Ausmass stattfinden. Eine solche dürfte nur bei einer tatsächlichen Internalisierung externer Kosten gelingen; dies bedeutet deutlich höhere Energie- und Ressourcenpreise und damit Wachstumseinbussen.

Rolle und Gestaltung von Arbeit und Einkommen in einer Postwachstumsgesellschaft

Ludwig Erhard meinte 1957, dass es bei hohem Wohlstand wohl sinnvoller wäre, „mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Musse und mehr Erholung zu gewinnen“ statt weiteren materiellen Wohlstand zu erzeugen. Ähnlich äusserte sich John M. Keynes 1943, der für das sog. goldene Zeitalter voraussah, es sei kluger Konsum zu fördern, Sparen zu verhindern, Überfluss zu absorbieren durch mehr Freizeit, Urlaub, kürzere Arbeitszeiten sowie eine Änderung gesellschaftlicher Praktiken und Gewohnheiten etc.

Für den Erwerbsbereich bedeutet dies, dass einerseits der Dienstleistungssektor ausgebaut werden sollte, da dieser neue Erwerbsmöglichkeiten bietet und zugleich die Realisierung von Musse, Erholung, Gesundheit etc. fördert sowie das Potential hat, energie- und ressourcenintensive Güter und Dienstleistungen, die bislang individuell konsumiert werden, für die gemeinschaftliche Nutzung hervorzubringen. Die Frage ist, wer den Ausbau des Dienstleistungssektors vorantreiben und finanzieren soll. Ist es der Staat, sind es Private oder können gemeinwirtschaftliche, nicht profitorientierte Initiativen mindestens einen Teil dieser Aufgabe übernehmen?

Weiter bedeutet der Übergang zur Postwachstumsgesellschaft, dass die vorhandene Erwerbsarbeit gerechter geteilt werden muss. Dies impliziert Arbeitszeitverkürzung und eine hohe Erwerbsquote. Dafür sind zweifellos Qualifikationsinitiativen nötig, so wie insgesamt die Qualifikationsmöglichkeiten für den Arbeitsmarkt weiter zu entwickeln bzw. das duale Berufsausbildungssystem zu stärken ist. Länder mit dualem System weisen vergleichsweise geringe Erwerbslosenquoten Jugendlicher und junger Erwachsener auf; unternehmensnahe Ausbildung ist also ein Schlüssel für Beschäftigung (Strahm 2008). Eng verknüpft mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung ist jene des Lohnausgleiches. Ein voller Lohnausgleich für alle würde – in der Regel – Wachstum antreiben, denn Unternehmen werden mehr produzieren müssen, um die Arbeitszeitreduktion mit Lohnausgleich zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund sollte – im Allgemeinen – ein Lohnausgleich lediglich für die unteren Einkommensklassen stattfinden.

Ein Spannungsfeld ergibt sich zwischen Arbeitszeitverkürzung und Finanzierung der Alterssicherung. Die demographische Alterung (weniger Kinder, längere Lebenserwartung) erfordert eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Erwerbsarbeitssektor dagegen möglicherweise eine verkürzte Lebensarbeitszeit.

Doch wie sich die Nachfrage nach Erwerbsarbeit in Zukunft tatsächlich entwickeln wird, ist nicht eindeutig: Der demographische Wandel sowie eine Erhöhung von Energie- und Ressourcenpreisen könnten zu einer erhöhten Nachfrage nach Erwerbsarbeitskräften führen.

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und informelle Arbeit müssen in einer Postwachstumsgesellschaft grösseres Gewicht und bessere Anerkennung erhalten. Einerseits wird durch reduzierte Erwerbsarbeitszeit Zeit frei, die in Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und informelle Arbeit fließen können bzw. als Möglichkeit der Zeitverwendung fließen sollten. Andererseits sind unsere Gesellschaften angesichts hoher Staatsverschuldung und wachsenden sozialen Aufgaben – z.B. in der Altenbetreuung – auf das unbezahlte Engagement von Freiwilligen angewiesen. Und informelle Arbeit vermag zumindest teilweise Lohnverluste ausgleichen.

Schliesslich zur Frage der Einkommensgerechtigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft. Wie oben erwähnt, gibt es ökonomische, politische und soziale Gründe für eine Einkommensverteilung, die in weiten Kreisen der Gesellschaft als gerecht angesehen wird - neben ethischen Gründen. Um diese Einkommensgerechtigkeit herzustellen, müssen die Einkommensunterschiede wieder verringert werden. Dies wird v.a. über ein Anheben der unteren Einkommen und Deckung der oberen erfolgen müssen, z.B. über Mindestlöhne, eine Vermögens- und/oder Erbschaftssteuer oder durch eine Fixierung von Lohnunterschieden innerhalb eines Unternehmens z.B. auf 1:12. Darüber wird die Schweiz aufgrund einer entsprechenden Volksinitiative abstimmen. Möglicherweise sind weitere Massnahmen zum Abschöpfen von Vermögensgewinnen nötig.

Nach einigen Jahrzehnten der wirtschaftlichen Expansion sind wir in einer neuen Wirtschaftsphase, in der ein Weiter so an Grenzen stösst – und zwar ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich. Arbeit und Einkommen spielten in der sozialen Marktwirtschaft seit ihren Anfängen eine wichtige Rolle und erfuhren explizite Gestaltung. Eine solche explizite Gestaltung ist in der jetzigen Phase und beim Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft wieder gefordert. Und die soziale Frage stellt sich damit ein weiteres Mal.

Literatur:

Credit Suisse (2009): Research News, 24. Februar 2009

European Commission (2010). European Economic Forecast. Autumn 2010, Brussels.

OECD (2008). Growing Unequal? Income distribution and poverty in OECD countries
OECD. Paris.

Schirwitz, B. (2005): Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – die Beschäftigungsschwelle, in: ifo Dresden berichtet, Nr. 3

Strahm, R. H. (2008). Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. Bern, hep verlag ag.

Wilkinson, R. and K. Pickett (2010). Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin.